

Die demokratische Wertschöpfungsunion: Eine neue Erzählung für Europa

Von Hans-Jürgen Urban

Liegt das Kind bereits im Brunnen? Wir wissen es nicht. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte der europäischen Integration, dass sich eine offenkundige Existenzkrise im Nachhinein als Transformationskrise erweist. In regelmäßigen Abständen gelang es, Perioden wirtschaftlicher Stagnations- und politischer Integrationskrisen in neue Wachstums- und Einigungsschübe umzuwandeln. Immer wieder stifteten hegemoniale Projekte dabei eine Erzählung und halfen so, die Handlungsblockaden zu überwinden. Das Europäische Währungssystem, der Europäische Binnenmarkt und nicht zuletzt der Euro waren solche Projekte.¹

Doch diesmal liegt die Sache anders. Die Europäische Union steht zweifelsohne auf der Kippe. Selbst unter den dogmatischsten EU-Verteidigern bricht langsam Panik aus. Europa hat sich in einer Mehrfachkrise verkatet, in der diverse Prozesse einander verstärken. Und ein neues hegemoniales Projekt ist nicht in Sicht.

Die europäische Mehrfachkrise...

Ökonomisch gesehen wirken die Migrationsströme aus Kriegs- und Elendsregionen als externer Schock für Arbeitsmärkte und Staatshaushalte. Dieser trifft vor allem im Süden und Südosten der EU zahlreiche Staaten, die seit Jahren mit Massenarbeitslosigkeit und Staatsdefiziten zu kämpfen haben und sich durch eine solidarische Flüchtlingspolitik offenbar überfordert fühlen. Die Zustände in den Flüchtlingslagern von Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze symbolisierten den Bankrott des Dublin-Systems. Diesem zufolge müssen die Flüchtlinge in jenem Mitgliedstaat bleiben, den sie als Erstes betreten haben, was der deutschen Interessenlage prächtig entspricht.

Die Migrationskrise lässt nun die Illusion von den gemeinsamen europäischen Werten wie Seifenblasen platzen. Die „Wir-schaffen-das“-Politik

1 Vgl. Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber, Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration, in: Dies. (Hg.), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 2000, S. 102-130.

von Angela Merkel entsprach durchaus dem offiziellen Wertekanon eines humanistischen Europas. Doch offensichtlich wird dieser nicht einmal vom engsten Verbündeten in Paris geteilt, geschweige denn von den Visegrád-Staaten. Selbst der französische Präsident zeigte der deutschen Kanzlerin vor aller Welt die kalte Schulter und verweigerte sich der geforderten Aufteilung der Flüchtlinge in Europa.

Das Scheitern der deutschen Migrationspolitik offenbart zudem eine profunde Hegemoniekrise in der EU. Noch bei der symbolischen Demütigung der linken Syriza-Regierung konnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zeigen, wer die Musik komponiert, nach der auf dem europäischen Bankett zu tanzen ist. Um eine Ausbreitung des griechischen Aufbegehrens in anderen Staaten zu verhindern, ließ die Troika die Peitsche schnalzen und zwang die linken Rebellen zurück ins Austeritätsglied. Doch in der Flüchtlingsfrage scheinen die Grenzen deutscher Dominanz erreicht.

Und als wären die Migrations-, Werte- und Hegemoniekrise nicht genug, scheinen jetzt auch noch die Bevölkerungen Europa im Sich zu lassen. Das Zwischenhoch bei der EU-Zustimmung in der deutschen Bevölkerung nach dem Brexit-Schock sollte niemanden in Sicherheit wiegen.² Neben dem Bedauern über die Distanzierung eines befreundeten Landes von Europa signalisieren solche Ergebnisse eher die Deutungshoheit der Euro-Eliten über diesen Misstrauensbeweis der britischen Bevölkerungsmehrheit. Denn diese habe, so die politisch gewünschte Leseart, sich von rechten Populisten verführen lassen und gegen ihre eigenen Interessen votiert. Dabei wissen die aufgeklärten Bevölkerungsgruppen, etwa die kosmopolitischen Finanz-Boys aus der Londoner City: Ein Verbleib wäre für alle das Beste gewesen.

Gerade angesichts der „Brexit-Ohrfeige“ (Clemens Fuest) für die EU ist eine Radikalkritik des gegenwärtigen Integrationspfades angesagt, aber kein undifferenziertes Europa-Bashing. Längst nicht alle europaweiten Probleme können Brüssel in die Schuhe geschoben werden. Vielmehr leidet die EU nicht minder an verfehlten Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitiken der Nationalstaaten, die nicht durch die EU erzwungen wurden, sondern der neoliberalen Verblendung der nationalen Politikeliten geschuldet sind. Der Volk-Elite-Konflikt mag auf europäischer Ebene seinen sichtbarsten Ausdruck finden, die Repräsentationskrisen haben ihren Ursprung aber in den nationalen parlamentarischen Demokratien. So dürfte die britische Bevölkerung noch schmerzlich erfahren, dass Prekarisierung und Perspektivlosigkeit weniger der EU, sondern den neoliberalen Aggressionen der Tories anzulasten sind. Wohin sich nach dieser Erkenntnis die Wut über die erneute Irreführung durch das Establishment entladen wird, kann nur geahnt werden.

Doch eine Europa-Propaganda, die nicht nach tieferen Ursachen der weit verbreiteten Euroskepsis fragt, stößt außerhalb der Eliten auf wenig Zustimmung. Immer mehr Menschen beschleicht das Gefühl, dass es in Europa nicht gerecht zugeht. Entsprechend erfreuen sich rechtschauvinistische Europagegner steigender Unterstützung. Auch in Deutschland dürfte das

2 Vgl. Thomas Petersen, Allensbach-Umfrage: Abschied mit Bedauern, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 22.7.2016.

spontane Zustimmung plus zu Europa den Aufschwung von Pegida, AfD und anderen kaum stoppen. Und die Vorstellung, Marine Le Pen vom Front National könnte 2017 als Präsidentin in den Élysée-Palast einziehen, erzeugt auch mit Blick auf die Zukunft der EU alptraumartige Untergangspantasien. Der Rechtspopulismus, so die allgemeine Wahrnehmung, avanciert zur größten Bedrohung Europas.

... und das Versagen der Linken

Aber ist das wirklich so? Kein klar denkender Beobachter (und schon gar kein Linker!) würde die Gefahr des Rechtschauvinismus für die nationalen Demokratien und das vereinte Europa kleinreden. Aber die Krise der EU sitzt tiefer. Sie begann vor der rechten Welle, und sie ist eher ihr Treiber als ihre Folge.

Der rechtschauvinistische Aufschwung beruht auf der Mobilisierung prekarierteter Bevölkerungsgruppen sowie der sozialen und kulturellen Deprivationsangst der Mittelschicht. Die kollektive Verunsicherung in der Mittelschicht ist deswegen so groß, weil die Folgeschäden des sozialen Abstiegs derart offensichtlich sind. In Deutschland umfassen sie nicht nur einen drastischen Absturz des Lebensstandards, sondern reichen bis zur gesellschaftlichen Stigmatisierung jener, die in der Hartz-IV-Falle landen.

Die traditionelle, sozialistisch-sozialdemokratische Mehrheitslinke hat in dieser Konstellation bisher versagt. Mehr noch, sie trägt eine doppelte Verantwortung: Sie war erstens selbst Täterin, indem sie das Sicherheitsversprechen des Sozialstaates widerrief. Unter der irreführenden Parole vom „aktivierenden Staat“ errichtete sie hohe Zugangshürden zu Sozialleistungen, interpretierte soziales Scheitern als mangelnde Aktivierungsbereitschaft und schob es somit den Betroffenen selbst in die Schuhe.

Doch linke Repräsentanten haben im Zuge ihrer vorgeblichen Erneuerung nicht nur aktiv Politik gegen die heutigen Unterstützer des Rechtschauvinismus gemacht. Sie haben zweitens, so Didier Eribon, ihre ehemalige Klientel auch durch die Neuausrichtung ihrer politischen Programmatik und gesellschaftlichen Normen im Stich gelassen. Aus ihrem strategischen Fokus verschwand „nicht nur die Arbeiterbewegung mit ihren Kämpfen und Traditionen, es waren die Arbeiter selbst, ihre Kultur, ihre spezifischen Lebensbedingungen, ihre Hoffnungen und Wünsche. [...] Die sozialistische Linke unterzog sich einer radikalen, von Jahr zu Jahr deutlicher werdenden Verwandlung und ließ sich mit fragwürdiger Begeisterung auf neokonservative Intellektuelle ein, die sich unter dem Vorwand der geistigen Erneuerung daran machten, den Wesenskern der Linken zu entleeren. Es kam zu einer regelrechten Metamorphose des Ethos und der intellektuellen Koordinaten.“³

In Deutschland verlief diese Metamorphose als Neuausrichtung der SPD auf den „Dritten Weg“ (Anthony Giddens). Mit ihr verband sich die Verdrängung von sozial Benachteiligten und Arbeitermilieus durch die sogenannte

3 Vgl. Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Berlin 2016, S. 118 u. 120; vgl. auch Ders., Wie aus Linken Rechte werden, Teil I und Teil II in: „Blätter“, 8/2016, S. 55-63 und „Blätter“, 9/2016, S. 85-92.

Neue Mitte als neuer strategischer Zielgruppe. Dass dieser Schwenk mit einer andauernden Unterschätzung sozialer Ungleichheit als Demokratiegefahr einherging, räumen heute selbst sozialdemokratische Vordenker wie der Demokratieforscher Wolfgang Merkel ein: „Der *cultural turn* im Ungleichheitsdenken, die Achsenverschiebung von sozioökonomischer Umverteilung zu Anerkennungs- und Identitätsfragen hat den Anstieg ökonomischer Ungleichheit in den Halbschatten des Sekundären verdrängt. Nicht zuletzt die progressiven, aber auch die neoliberal-libertären Debatten haben über Anerkennungsdiskurse und Loblieder auf die Zivilgesellschaft das Aufkommen einer neuen Klassengesellschaft aus dem Blick verloren.“⁴ Diese *kulturalistische Wende* ging freilich weit über die sozialistisch-sozialdemokratische Linke hinaus. Sie erfasste auch die grüne Linke aus dem exmaoistischen Umfeld und reichte bis in die diversen linksradikalen Milieus hinein. Zweifelsohne beförderte sie in Teilen der eher linken Wählerschaft das Gefühl, von „denen da oben“ vergessen oder im Stich gelassen zu werden. Und diese Wahrnehmung förderte Tendenzen, sich den vermeintlich volksnäheren Protestbewegungen des neuen Rechtschauvinismus anzuschließen.

Eine Korrektur dieser Fehlentwicklungen setzt eine neue Aufmerksamkeit und Leidenschaft linker Politik für diejenigen voraus, die sich lange als ihre natürlichen Verbündeten empfanden und sich nun aus Enttäuschung abwenden. Zwar dürfte damit der harte Kern rechtschauvinistischer bis neofaschistischer Kräfte bei Pegida und ähnlichen Bewegungen nicht erreicht werden. Doch die Linke schuldet ihrer ehemaligen Klientel ein Politikangebot, das mit neuer Glaubwürdigkeit ein politisches Interesse für ihre Lage signalisiert; und durch Rhetorik und Gestus Zugang zum *emotionalen Irrationalismus* der Marginalisierten und verunsicherten Mittelschichten findet.

Legitimationsverfall und stagnative Polarisierung

Ein unabdingbares, wenn auch sicher kein hinreichendes Essential eines solchen Politikangebots besteht in einer neuen sozialen und demokratischen Perspektive für Europa. Eine solche Konzeption müsste die EU als potentiellen Helfer bei eigenen Notlagen akzeptanz- und sympathiefähig machen. Dafür muss sie allerdings klotzen und darf nicht – in bekannter EU-Eliten-Manier – kleckern. Und das heißt, sie muss zu einer Transformation der Basisstrukturen des Euroregimes bereit sein. Denn ein wesentliches Übel wurzelt in der ökonomischen Basis der EU – im Euroregime mit seinen wirtschafts-, geld- und fiskalpolitischen Regeln selbst.

Der Euro kam zu früh, und er wurde falsch konstruiert. Er fügte zusammen, was (noch nicht) zusammengehörte: Volkswirtschaften mit eklatanten Produktivitätsunterschieden. Und der Binnenmarkt tat, was Märkte zwischen ungleichen Teilnehmern tun: Er stärkte die Starken und schwächte die Schwachen. Zu den Starken gehörten vor allem Deutschland sowie andere

⁴ Vgl. Wolfgang Merkel, Ungleichheit als Krankheit der Demokratie, in: „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, 6/2016, S. 14-19, hier: S. 15; Herv. i. Org.

Nordstaaten, zu den Schwachen die Länder des Südens, vor allem Griechenland und Portugal. Zugleich bindet die europäische Geldordnung die Eurostaaten an eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik, die ihnen wesentliche Instrumente zur Krisenbewältigung und zur Förderung von Konjunktur und Wachstum aus der Hand nimmt und alle Volkswirtschaften im Euroraum – mit ihren spezifischen Stärken und Schwächen – über einen Kamm schert.

Die Folgen sind verheerend.⁵ Entgegen der Hoffnung, die gemeinsame Währung werde neue Wachstumsschübe initiieren, hat das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der 18 Volkswirtschaften der Eurozone 2015, also acht Jahre nach Beginn der Krise, gerade einmal das Vorkrisenniveau erreicht (rund 101 Prozent im Vergleich zu 2007). Allerdings verbirgt sich hinter dem Durchschnitt eine extrem ungleiche Entwicklung. Besonders groß sind die Wertschöpfungs- und Wachstumslücken in den Südstaaten der Eurozone: Griechenland erreicht nur 73 Prozent seines Vorkrisenniveaus, während Portugal, Spanien und Italien zwischen 92 und 97 Prozent rangieren. Irland bildet mit 108 Prozent hingegen den positiven Ausreißer an der Peripherie. Aber auch einige Kernstaaten der Eurozone wie Belgien (106 Prozent), Deutschland (107 Prozent) und Luxemburg (113 Prozent) und schließlich auch Frankreich (103 Prozent) weisen günstigere Wachstumsraten aus.

Eine ähnlich polarisierte Entwicklung zwischen der südlichen Peripherie und der Kernzone zeigt sich mit Blick auf die Bruttoanlageinvestitionen. Hier hat der Euroraum 2015 insgesamt gerade einmal rund 87 Prozent des Niveaus aus dem Jahr 2007 erreicht, was einen nicht unerheblichen Anteil an der stagnativen Tendenz der Eurowirtschaft haben dürfte. Und auch bei den Investitionen sind die Unterschiede erheblich und reichen vom Südstaat Griechenland (der auf 31 Prozent gefallen ist) bis zum Kernstaat Deutschland (der sich auf 108 Prozent gesteigert hat).

Weitere empirische Bestandsaufnahmen der Eurowirtschaft zeigen das gleiche Muster einer *stagnativen Polarisierung* seit der Finanzkrise der Jahre nach 2008. Ob bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefiziten oder Staatsschulden – überall verfehlten die Eurostaaten selbstgesteckte Ziele, und stets klaffen die Entwicklungen der südlichen Ländern und der Kernstaaten auseinander. Dabei wirkt das Euroregime für alle Länder als Wachstums- und für die Krisenländer des Südens zusätzlich als Erholungsbremse.

In herkömmlichen Wirtschaftsgemeinschaften mit autonomen Wirtschaftsregierungen verfügen die Staaten über Instrumente, um Konjunktur- und Wachstumsschwächen entgegenzutreten. Über staatliche Ausgabenprogramme lässt sich die Nachfrage stärken, über die Geldpolitik und sinkende Zinssätze der private Konsum und betriebliche Investitionen anregen. Zudem können durch Währungsabwertungen eigene Produkte preislich wettbewerbsfähiger gemacht und der Export angekurbelt werden.

In einer Währungsunion mit restriktiven Schulden- und Defizitregeln sieht die Sache anders aus: Eine antizyklische Fiskalpolitik ist blockiert, der einheitliche Zinssatz der Zentralbank passt nur zur wirtschaftlichen

5 Die folgenden Daten stammen aus: EuroMemo Gruppe, EuroMemo 2016, Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“, 3/2016, hier: Tabelle 1.1.

Lage einiger Staaten, und eine Abwertung der nationalen Währung ist durch das gemeinsame Geld ausgeschlossen. Das macht in einem einheitlichen Konkurrenzraum vor allem den Volkswirtschaften mit Produktivitätsrückständen zu schaffen. Nicht nur, aber vor allem in diesen Ländern lastet der gesamte Anpassungsdruck auf den Produktionskosten von Gütern und Dienstleistungen. So entsteht jenes „stählerne Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber), das vor allem die Regierungen der Schwachen zu sogenannten internen Abwertungen zwingt. Und das heißt nichts anderes als die Senkung von Löhnen und Sozialleistungen, die durch Auflagen einer legitimationssschwachen Troika-Politik erzwungen und durch die nationalen Regierungen exekutiert werden.

Diese prozyklische Krisenpolitik zulasten der Bevölkerung verursacht erhebliche Schäden an der Wirtschaft – und an der Demokratie. Sie setzt interne Mechanismen in Gang, die den wirtschaftlichen Niedergang dynamisieren. Und sie fördert den *Legitimationsverfall* der Politik ebenso wie die Entfremdung gegenüber der nationalstaatlichen Demokratie und der EU: „Je stärker die Krise der Währungsunion einen Mitgliedstaat zu interner Abwertung zwingt, desto mehr erodieren die positiven Einstellungen gegenüber dem demokratischen Nationalstaat und der Europäischen Union.“⁶ Schließlich lenkt der erzwungene Sozialabbau kontinuierlich Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die Ursache allen Übels in Brüssel sehen – und in einer Elite, die weder über Solidaritätsbereitschaft noch über ein Verständnis für die wirklichen Sorgen der heimischen Bevölkerungen verfügt.

Der Euro – eine Geldordnung des nördlichen Kapitalismus

Offensichtlich kommen die Euro-Volkswirtschaften aber unterschiedlich gut mit solchen restriktiven Bedingungen zurecht. Tendenziell stagnativ wirken diese Konditionen auf alle. Doch in den Staaten der Peripherie richten sie größeren, in der Eurokernzone geringeren Schaden an. Im Zeitverlauf verschärfen sich so die Unterschiede und nehmen die damit verbundenen Spannungen zu. Warum aber diese unterschiedliche Betroffenheit?

Gestützt auf Max Webers soziologischen Geldbegriff hat Wolfgang Streeck in Erinnerung gerufen, dass es sich bei Geld keineswegs um ein interessen-neutrales Kommunikationsmedium handelt, das ausschließlich der Effizienzsteigerung wirtschaftlicher Tauschakte dient. Geld ist immer auch ein Machtinstrument; und eine Geldordnung ist stets eine „umkämpfte und bestreitbare Institution mit konfliktträchtigen Verteilungseffekten“.⁷ Das gilt auch für den Euro und seine Ordnung. Auch das Euroregime ist von konfliktträchtigen Verteilungseffekten geprägt, es privilegiert die einen und diskriminiert die anderen Interessen. Konkret heißt das: Die Eurogeldordnung

6 Vgl. Klaus Amerigeon, Kai Guthmann und David Weisstanner, Wie der Euro Europa spaltet. Die Krise der gemeinsamen Währung und die Entfremdung von der Demokratie in der Europäischen Union, in: „Politische Vierteljahresschrift“, 3/2015, S. 506-531, hier S. 508.

7 Vgl. Wolfgang Streeck, Warum der Euro Europa spaltet statt es zu einigen, in: „Leviathan“, 3/2015, S. 365-387, hier S. 372.

folgt der Entwicklungslogik der nördlichen Kernstaaten und konfliktiert mit der des Südens. Denn entscheidend sind, so argumentiert Streeck weiter, die unterschiedlichen Modi, nach denen der Kapitalismus in die jeweiligen Gesellschaften eingebettet ist und nach denen seine Funktionsmechanismen in das soziale Leben der Menschen integriert sind.

Im nördlichen Kapitalismusmodell, für das Deutschland paradigmatisch steht, dominieren die Exportorientierung und eine geldpolitische Stabilitätskultur, die Wert auf eine geringe Inflation im Inneren und eine harte Währung nach außen legt. Gestützt wird dies durch eine Präferenz für ausgeglichene Haushalte, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie rangiert auf der politischen Agenda vor der Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Exklusion.

Anders im südlichen Kapitalismusmodell, das eher in Italien, Spanien oder auch Frankreich vorzufinden ist. Sein Wachstumstyp stützt sich mehr auf eine starke Binnennachfrage, die durch eine hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst, eine expansive – wenn nötig auch defizitgestützte – Fiskalpolitik und eine lockere Geldpolitik getragen wird. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie muss notfalls hinter dem Ziel der mitunter auch kostenintensiven Lösung gesellschaftlicher Verteilungskonflikte und der Bewahrung des sozialen Friedens zurückstehen. Und in der wirtschaftspolitischen Kultur dominieren traditionell monetäre Souveränität sowie eine gewisse Neigung zu periodischen Abwertungen der eigenen Währung, um Wettbewerbsdifferenzen zu anderen Staaten zu überbrücken.

Man mag gegenüber diesen Skizzen eines südlichen und eines nördlichen Kapitalismustyps theoretische oder empirische Vorbehalte anmelden, doch offensichtlich ist, welche der zugrunde liegenden Wirtschaftskulturen besser zum Eurofinanzregime passt. Die restriktiven Schulden- und Defizitregeln des Euro (inklusive des Fiskalpacts), die Verpflichtung der Europäischen Zentralbank auf eine unbedingte Geldwertstabilität sowie die angebotspolitischen Vorgaben in den Sanierungsprogrammen der Defizitstaaten lassen die nordische Handschrift erkennen – oder besser: jene des deutschen Hegemons. Da die Eurogeldordnung weitgehend dem nordisch-deutschen Kapitalismusmodell entspricht, so spricht vieles für die These, „dass das gemeinsame europäische Geldregime genau dem deutschen Modell folgte.“⁸

Solange diese Fehlkonstruktion des Euroregimes fortbesteht, wird sich auch die stagnative Polarisierung in Euroland fortsetzen. Doch das Interesse an einer solchen Problemanalyse und den entsprechenden politischen Schlussfolgerungen scheint, gerade in Deutschland, sehr verhalten. Vor allem die Europrofiteure dürften so lange kein wirkliches Interesse an der Beseitigung dieser Defizite haben, wie das Gesamtgebilde nicht gefährdet ist. Da kommen Haltet-den-Dieb-Diskurse gerade recht.

Spätestens hier drängt sich die Frage auf, ob die Fokussierung auf den Rechtschauvinismus als angeblichem Kernproblem Europas gar auch ein Manöver zur *legitimatorischen Selbstentlastung der EU-Eliten* ist? Ein Ablen-

8 Streeck, a.a.O., S. 375.

kungsmanöver, um an den Strukturdefiziten des Euroregimes nicht rütteln zu müssen? Gründe für eine solche Selbstentlastung der politischen Klassen in Brüssel und den Mitgliedstaaten gäbe es genug. Denn für die Fehlkonstruktion des Euroregimes sind sie verantwortlich – und nicht verführte Volksmassen. Daher liegen bedingungslos proeuropäische und des Populismus gänzlich unverdächtige Intellektuelle wie Jürgen Habermas richtig, wenn sie ein eklatantes Eliteversagen konstatieren und diese Elite auffordern, ihren Wählern über den Zustand der EU endlich „reinen Wein“ einzuschenken: „Sie müssten einen unvermeidlich polarisierenden Streit über Alternativen, von denen keine kostenlos zu haben ist, offensiv führen.“⁹

Die demokratische Wertschöpfungsunion als Ausweg aus der Krise?

Was Europa in der gegenwärtigen Krise vor allem braucht, ist also eine selbstkritische Elite, die ohne austeritätspolitische Scheuklappen und wahltaktische Ausweichmanöver öffentlich und diskursiv eine Bestandsaufnahme der eigenen Politik wagt – um aus dieser Selbstkritik eine neue Erzählung für ein neues Europa zu entwerfen. Eine solche neue Erzählung muss vieles leisten: Sie muss eine ökonomisch rationale Antwort auf die stagnative Polarisierung im Euroland formulieren und sie muss mit den Interessen der Schwachen und der Starken vereinbar sein. Und schließlich sollte sie die Versöhnung zwischen Eliten und Bevölkerungen befördern, um so dem Rechtschauvinismus in Europa die Energiezufuhr abzuschneiden.

Da ein Um- bzw. Neubau des Euroregimes mit seinen Politikblockaden und Machtasymmetrien auf absehbare Zeit nicht realistisch ist, sind Antworten unterhalb dieser Schwelle gefragt. Etwa eine demokratische Wertschöpfungsunion. Sie setzt an dem realökonomischen Kernproblem der wachsenden Produktivitätsdifferenzen zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraumes an. Die Abschaffung des Euro zugunsten eines europäischen Bretton Woods und eines Systems gestaffelter Wechselkurse, die mitunter auch von linken EU-Kritikern gefordert werden, reichen an diese realökonomische Ursache der Verwerfungen nicht heran. Bleiben die Produktivitätsdifferenzen erhalten, können Währungsabwertungen lediglich Zeit kaufen. Auf die Dauer gesehen, ist die Währungspolitik aber überfordert.

Solange die Produktivitätsunterschiede fortbestehen und die Instrumente nationaler Wirtschaftspolitik nicht zur Verfügung stehen, wird die Polarisierung voranschreiten – es sei denn, sie wird durch *Wertschöpfungstransfers* gekontert. Diese Transfers sind der Preis für den Erhalt des Euro! Sie zielen darauf, dass die starken Profiteure des Euroregimes aus ihrer Eurodividende den Wertschöpfungsaufbau der Schwächeren unterstützen, und das letztlich auch zum eigenen Vorteil. Diese Eurodividende entsteht durch Extraprofite besonders starker Marktteilnehmer (wie der deutschen Exportindustrie), die generell durch den Binnenmarkt ermög-

9 Vgl. Jürgen Habermas, Ein Fall von Eliteversagen, in: „Der Spiegel“, 32/2013, S. 26-27, hier S. 27.

licht werden. Sie ist schwer zu beziffern und sollte daher in Form einer pauschalen Abgabe von Unternehmen in denjenigen Staaten erhoben werden, die im Euroraum über einen dauerhaften Bilanzüberschuss verfügen. In der Bundesrepublik zählen zur Eurodividende aber auch die sogenannten Windfall-Profits, die dem hiesigen Fiskus bei der Refinanzierung der deutschen Staatsschulden zufließen, da deutsche Staatsanleihen seit der Eurokrise als besonders sichere Anlagen geschätzt werden und der Fiskus sie kaum noch verzinsen muss („Save-Haven-Effekt“). Der Save-Haven-Effekt trug erheblich dazu bei, dass der deutsche Fiskus als gefragter Schuldner zwischen 2010 und Mitte 2015 schätzungsweise 100 Mrd. Euro verdiente.¹⁰ Ein Extra-Profit, der anteilig für Wertschöpfungs-transfers zur Verfügung stünde.

Allgemeine Binnenmarktdividende und Windfall-Profit sollten zu definierten Prozentsätzen und in allen Überschussländern in einen EU-Wertschöpfungsfonds fließen. Aus diesen Mitteln könnten in Bedarfsstaaten Projekte gefördert werden, die nicht den Konsum – auch nicht den Sozialkonsum –, sondern den Aufbau oder die Stärkung der realökonomischen Wertschöpfungsbasis fördern. Im Erfolgsfall würden damit allmählich die Produktivitätsdifferenzen im Euroraum – und damit das Kernproblem der ungleichen wirtschaftlichen (und damit auch sozialen) Entwicklungen – schrumpfen. Somit ist der Wertschöpfungsfonds mit den Interessenlagen aller beteiligten Staaten vereinbar. Zunächst führt er zu Umverteilungsströmen aus den starken in die schwachen Ökonomien und damit (nicht nur, aber eben auch) aus Deutschland in andere Mitgliedstaaten. Doch richtig ins Werk gesetzt, kann aus der demokratischen Wertschöpfungsunion mittelfristig ein *Win-win*-Spiel werden. Die Vorteile der Nehmerstaaten sind offenkundig. Doch auch für Zahler wie Deutschland sind die Aufrechterhaltung des Euroraumes und die Kompensation der Wertschöpfungsverlierer aus den Eurodividenden mittelfristig ein äußerst lukratives Geschäft.¹¹ Und diese Aufrechterhaltung erfordert letztlich wirksame Maßnahmen gegen den strukturellen deutschen Bilanzüberschuss im Euroraum, die über eine Stärkung des heimischen Binnenmarktes hinausgehen.

Ein solcher Mechanismus, der die Extraprofite der Starken in Wertschöpfungshilfen für die Schwachen verwandelt, ist allerdings mit vielfältigen Risiken verbunden. Zunächst einmal würde er wohl in den Geberländern auf Akzeptanzprobleme stoßen. Das Ansehen der EU ist so niedrig, dass der Widerstand gegen weitere Investitionen in ihre Zukunft entsprechend hoch sein dürfte. Den Entscheidungsfällen und Vetopositionen stehen dabei zunächst nur die Kraft guter Argumente und der Appell an wohlverstandene Eigeninteressen gegenüber. Zu fragen wäre: Warum sollte der für die deutsche Wirtschaft so außerordentlich lukrative Wirtschaftsraum des Bin-

10 Vgl. Geraldine Gary u.a., Germany's benefit from the Greek Crisis, in: „IWH online“, 7/2015, www.iwh-halle.de.

11 In der Wohlfahrtsökonomie wird seit langem anhand des Kaldor-Hicks-Kriteriums diskutiert, dass die allgemeine Wohlfahrt steigen kann, wenn die Profiteure einer ökonomischen Umverteilungskonstellation aus ihren Zugewinnen die Verlierer kompensieren. Vgl. dazu etwa Henner Kleinewerfers, Einführung in die Wohlfahrtsökonomie, Stuttgart 2008, S. 170 ff.

nenmarktes auf immer und ewig kostenlos zur Verfügung stehen? Die Wirtschaftssoziologie hat seit langem belegt, dass Märkte sehr anspruchsvolle Konstrukte sind. Sie müssen politisch konstituiert, mit Spielregeln ausgestattet und immer wieder durch marktkorrigierende Interventionen funktionsfähig gehalten werden. Und das ist mit Kosten verbunden. Was spräche dagegen, die Hauptprofiteure dieser Märkte mit einer Markterhaltungs- oder Marktzugangsabgabe an diesen Kosten zu beteiligen?

Die demokratische Falle

Doch vielleicht bilden die Akzeptanzprobleme in den Kernstaaten nicht einmal die höchsten Hürden auf dem Weg zu einer Wertschöpfungsunion. Zusätzlich lauert eine demokratiepolitische Falle. Verteilungsströme dieser Art tendieren umgehend zu neuen Abhängigkeits- und Dominanzverhältnissen – wenn sie nicht von Beginn an demokratisch zivilisiert werden. Dazu bedarf es einer horizontalen und vertikalen Demokratisierung.

Auf der horizontalen Ebene müssen die Rechte und Pflichten von Geber- und Nehmerstaaten verbindlich und nachprüfbar fixiert werden. Dieses Fixum ist offenkundig besonders anfällig für asymmetrische Machtstrukturen. Es ginge also nicht zuletzt darum, die deutsche Hegemonie in institutionellen wie in fiskal- und geldpolitischen Entscheidungen abzubauen und stärker partizipative Entscheidungsfindungsprozeduren zu etablieren. Hier müssen Transparenz und öffentliche Rechtfertigungszwänge der Akteure als Kontrollmechanismen etabliert werden.

Die vertikale Demokratisierung wiederum zielt auf die Partizipation der Bevölkerungen in den Zielgebieten des Wertschöpfungsaufbaus. Soziale und ökologische Interessen der Bevölkerung sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie *Local-Content-Klauseln* und Vereinbarungen über Kompetenzen der regionalen und nationalen Instanzen. Historisch bewährt haben sich etwa Maßnahmen eines *dosierten Protektionismus*, der regionale Entwicklungsräume befristet vor übermächtiger Konkurrenz schützt. Das erfordert freilich den Bruch mit dem Dogma eines unregulierten Binnenmarktes. Aber es würde Wege öffnen, Europa in den Entwicklungsregionen als Solidarverbund für die Menschen spürbar zu machen, um objektive Anknüpfungspunkte für subjektive Annäherungen zu schaffen.

Soll die Wertschöpfungsunion jedoch mehr sein als ein etwas aufgestockter Europäischer Strukturfonds, reichen wirtschaftsdogmatische Tabubrüche nicht aus. Mittelfristig sind grundlegende Reformmaßnahmen unverzichtbar. Denn die Funktionsfähigkeit der Wertschöpfungsunion hat anspruchsvolle Voraussetzungen. Dazu gehört ein Schuldenschnitt in den Defizitländern, um zu verhindern, dass die Finanzmittel direkt an die Banken und andere Schuldner weitergereicht werden müssen. Auch müssen die Defizitkriterien des Europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes neu bestimmt und der Fiskalpakt abgeschafft werden, um den Ländern antizyklische Politik und eigene wertschöpfungsfördernde Investitionen zu ermöglichen. Und die EZB

müsste von einer eklatant legitimierungsschwachen, autonomen Institution in einen demokratiefähigen Wirtschaftsakteur verwandelt werden. Dazu müssen ihre Führungsgremien und Entscheidungsfindung durchgreifend demokratisiert und ihre Aufgaben von der prioritären Wahrung der Geldwertstabilität auf die Unterstützung einer ausgeglichenen Wirtschaftsentwicklung umorientiert werden.

Offensichtlich ist, dass ein solches Projekt einer grundlegenden Revision des Europäischen Primärrechts bedarf. Ohne diese wäre der skizzierte Pfadwechsel der EU nicht zu haben. Eine solche Total-Revision des institutionellen Designs der EU müsste auch eine neue Balance zwischen Mitgliedstaaten und Union finden. Als Resultat eines europaweiten Diskursprozesses wären die legitimen Sphären des Nationalen und des Europäischen und damit das Verhältnis zwischen nationalstaatlicher Autonomie und Gemeinschaftskompetenzen neu zu definieren. Je nach Politikfeldern dürfte dies auf eine neue Kombination aus „weniger“ und „mehr“ Europa hinauslaufen.¹² Das erfordert sachdienliche Offenheit und kritische Vernunft, die mitunter auch aus den linken Diskursen verschwunden sind. Überlegungen nach einer partiellen Rückführung europäischer Kompetenzen und der Öffnung mitgliedstaatlicher Spielräume mit dem Bannstrahl des Nationalismus-Vorwurfs zu ächten, ist wenig hilfreich. Natürlich ist die Verteidigung von Basisinstitutionen der nationalen Sozialstaaten wie etwa der Tarifautonomie gegen die EU-Kommission oder die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes kein antieuropäisch-nationalistischer Gewaltakt. Zu diskutieren wären auch Vorschläge, die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in Rat und Parlament mit *Opt-out-Klauseln* für die Mitgliedstaaten zu kombinieren, um Entscheidungsblockaden auf EU-Ebene zu überwinden und den Nationalstaaten demokratische Souveränitätsrechte zurückzugeben.¹³

Vor allem aber muss perspektivisch die zunehmend autoritär werdende „Economic-Governance-Struktur“ aufgelöst werden, in der die mit erheblichen Kollateralschäden gescheiterte Austeritätspolitik institutionalisiert wurde.¹⁴ In der deutschen Debatte ist bis heute kein hinreichendes Bewusstsein von dem Schaden sichtbar, den die Demütigung Griechenlands durch die legitimierungsfreie Troika in den Bevölkerungen anderer Defizitstaaten angerichtet hat. Dass sich die deutsche Bundesregierung und allen voran Wolfgang Schäuble mit hegemonialer Arroganz als austeritätspolitischer Zuchtmeister in Szene setzten, hat den Akzeptanzverfall deutscher Hegemonie, der in der Flüchtlingsfrage offenkundig wird, erheblich beschleunigt.

Doch ohne eine Überbrückung der Diskrepanz zwischen Bevölkerung und nationalen sowie europäischen Eliten wird eine demokratische Wertschöpfungsunion nicht realisierbar sein. Dazu wäre groß angelegtes Elitelernen unverzichtbar. Nicht jedes Zugehen auf unklar artikulierte, aber tief verwur-

12 Vgl. dazu etwa Gerhard Bosch, Nach dem Brexit: Vorrang für ein soziales Europa, in: „WSI Mitteilungen“, 6/2016, S. 408.

13 So Martin Höpner in Anlehnung an Fritz W. Scharpf in: Für ein soziales Europa – ohne den Euro, in: „Blätter“, 8/2016, S. 45-49.

14 Vgl. Hans-Jürgen Urban, Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus, in: „Blätter“, 7/2011, S. 77-88.

zelte Europaskepsis einer durch Migration, Arbeitslosigkeit und Deprivationsängste verunsicherten Bevölkerung hat den Schlag mit der Populismuskeule verdient. Wichtiger wären demokratische Sensibilität und die Einsicht, dass Zustimmung und Anerkennung für Europa nur möglich sind, wenn die Entscheider glaubwürdig Alltagsprobleme und Alltagsängste der Menschen angehen.¹⁵

Elitelernen und Protestbewegung

Doch die Erfahrungen mit bisherigen Demokratieversuchen in Europa warnen vor zu viel Optimismus in Sachen Elitelernen. Unverzichtbar bleiben Proteste von unten – von sozialen Bewegungen, deren Impulse bis in die politischen Arenen der Nationalstaaten und der EU vordringen. Beobachtungen der aktuellen Bewegungsforschung können hier ermutigen. Analysen der Antiausteritätsproteste stellen sicher geglaubte Wissensbestände in Frage. Das gilt etwa für die Annahme, die Schwachstelle basisdemokratischer und bewegungsorientierter Teilnehmungsformen sei ihr Unterklassen-Bias. Und es gilt ebenso für die Behauptung, soziale Deprivation führe nicht zu Gegenwehr, sondern ende eher in Passivität und individueller Isolation. Die Protestlandschaft in Europa seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise scheint Korrekturen am Bild des qualifizierten, auf Einzelthemen fokussierten Protestträgers zu erfordern.¹⁶ Signifikant sind die Beteiligung prekariisierter Bevölkerungsgruppen sowie Ansätze einer Europäisierung der Proteste in der EU.

Mit einem Schuss Optimismus betrachtet, könnten hier Anknüpfungspunkte für eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Austerität und Eliteversagen in Europa verortet werden. Soziale Proteste lassen sich bisher allerdings vor allem in den Defizitländern beobachten. Dort haben sie sich zum Teil verstetigt und zu neuen politischen Formationen wie etwa Podemos in Spanien geführt. Soll daraus eine einflussreiche Kraft entstehen, bedürfen sie der Ergänzung durch Aktivitäten in den Überschussländern. Diese können und sollten auf der Straße und an der Wahlurne stattfinden. Entscheidend ist die politische Richtung. Wenn die Linke mit einer proeuropäischen Europakritik die Wut über neoliberales und mehrheitslinkes Eliteversagen auffangen und nach links kanalisieren will, muss auch sie an der Beseitigung der Kluft zwischen Bevölkerung und Elite arbeiten. Mit solidarischen Erzählungen wie der demokratischen Wertschöpfungsunion.

¹⁵ Politiktheoretisch würde das den Übergang zu einem Input-orientierten Legitimationsmodus (Fritz W. Scharpf) erfordern. Er entsteht durch eine umfassende Bürgerbeteiligung an Schlüsselentscheidungen über den Entwicklungspfad der EU und die Anerkennung der Bevölkerung als Demos.

¹⁶ Dazu Jochen Roose, Was lernt die Bewegungsforschung aus der Eurozonen-Krise?, in: „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“, 1/2016, S. 20-28.